

Cuba kompakt

15. September 2015, Ausgabe 130, Jahrgang 11, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Die „Normalität“ der Beziehungen zwischen Kuba und den USA

von José Pertierra

(Übersetzung: Klaus E. Lehmann)

US-Präsident Dwight D. Eisenhower brach die diplomatischen Beziehungen zu Kuba am 3. Januar 1961 ab. Vierundfünfzig Jahre später, am 20. Juli 2015 werden die Vereinigten Staaten und Kuba in Richtung auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen voranschreiten. Von diesem historischen Tag an wird Kuba kein Feind mehr sein und von der Regierung der Vereinigten Staaten als Nachbar behandelt. Vielleicht ...

Es gibt viele vorweg geäußerte Erwartungen bei diesem großen Ereignis, aber wie könnten normale Beziehungen Washingtons mit Kuba aussehen, wo doch die Vereinigten Staaten 56 Jahre lang damit beschäftigt waren, die kubanische Regierung mittels Terrorismus, einer von der CIA organisierten und durchgeführten Invasion, durch biologische Kriegsführung, eine Handelsblockade, klandestine Einschleusungen und stetige und beständige Propaganda gegen das Land zu stürzen?

Das Wort „normal“ entstammt dem lateinischen *normalis*. Im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen Kuba und den USA bezieht es sich auf ein zivilisiertes diplomatisches Handeln in Übereinstimmung mit den historisch etablierten Geboten, das heißt mit Normen oder Regeln friedlichen Verhaltens zwischen zivilisierten Ländern.

Welches wären von nun an die Regeln eines normalen Verhaltens der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba? Welches regierungsamtliche Verhalten ist normal und welches Verhalten ist anormal?

Es ist normal, dass zwei Nachbarländer, die nur durch die 90 Seemeilen der Meerenge von Florida getrennt sind, diplomatische Beziehungen unterhalten sollten. Nicht normal ist es, dass die USA immer noch die finanzielle und rechtliche Blockade gegen Kuba aufrechterhalten. Es ist normal, dass die USA eine Bot-

schaft in Havanna haben sollten, vor der eine US-amerikanische Fahne flattert, und Kuba eine Botschaft in Washington, vor der eine kubanische Flagge weht. Nicht normal ist es, dass die Botschaft der Vereinigten Staaten in Havanna ohne Botschafter funktionieren soll, bloß weil einige im Senat in Washington sich einer Ernennung widersetzen.

Es ist normal, dass die USA es erlauben, dass die US-Bürger nach Kuba reisen können, aber es ist nicht normal, dass Washington es den US-Amerikanern verbietet, als Touristen auf die Insel zu reisen.

Es ist normal, dass die Vereinigten Staaten es erlauben, dass die US-Amerikaner zum Austausch nach Kuba reisen, der laut den Reglementierungen des Schatzamtes „people to people“ [von Volk zu Volk] genannt wird. Nicht normal ist es, dass die Kontrollbehörde für Ausländische Vermögenswerte (OFAC) die US-Bürger, die innerhalb solcher Austauschprogramme reisen, dazu zwingt, dies in Gruppen zu tun und Verträge bei Agenturen abzuschließen, die ihnen den Reiseplan kontrollieren und organisieren. Dies erweist sich für den US-Reisenden als extrem teuer und ist außerdem unangemessen.

Es ist normal, dass Washington es erlaubt, dass ihre Unternehmer Geschäfte mit kubanischen Selbstständigen (*cuentalpropistas*) machen, aber es ist nicht normal, dass es verboten ist, Geschäfte mit kubanischen Staatsunternehmen zu tätigen.

Es ist normal, dass die Vereinigten Staaten ein zweites Konsulat in Kuba haben wollen, um das Publikum besser betreuen zu können, aber es ist nicht normal, dass sie ihre Diplomaten dazu benutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten der Insel einzumischen.

Es ist normal, dass die Vereinigten Staaten einen „legalen und geordneten“ Einwanderungsprozess für die Kubaner unter-

stützen wollen, aber es ist nicht normal, dass Washington das Anpassungsgesetz für Kubaner (*Ley de ajuste cubano*) als Werkzeug zur Stimulierung der gefährlichen, illegalen und ungeordneten Auswanderung aus Kuba beibehält.

Es ist normal, dass die USA die Türen ihrer Botschaft in Havanna geöffnet haben, um diejenigen Kubaner zu empfangen, die guten Willens sind. Es ist nicht normal, dass die US-amerikanischen Diplomaten in Havanna gewisse Kubaner ausbilden, anleiten und bezahlen, um sie zu besoldeten Dissidenten in Kuba zu machen.

Es ist normal, dass Washington zur Unterhaltung des kubanischen Volkes in Radio und Fernsehen beitragen möchten, aber es ist nicht normal, dass es einen millionenschweren Etat für Radio und TV Martí als Propagandainstrumente bereit stellt.

Es ist normal, dass Washington möchte, dass die Welt die Vereinigten Staaten für einen großen Verteidiger der Menschenrechte hält, aber es ist nicht normal, dass es Dutzende von Menschen ohne zivile Rechte und ohne Gerichtsverfahren in Guantánamo gefangen hält und sie zudem noch foltert.

Es ist normal, dass die USA mit Zustimmung der kubanischen Regierung eine Botschaft in Kuba unterhält. Nicht normal ist es, dass sie sich weigern, das Gebiet, das sie Kuba in Guantánamo weggenommen haben, zurückzugeben.

Es ist normal, dass das Pentagon nicht in Kuba einmarschieren oder militärische Drohnen dort hinschicken will, aber es ist nicht normal, dass Washington für das Jahr 2016 über einen Etat von 30 Millionen Dollar für ein Projekt verfügt, dessen erklärtes Ziel es ist, die kubanische Regierung zu stürzen.

Es ist normal, dass Washington den Bundesstaat Mississippi als Teil US-amerikanischen Territoriums klassifiziert, aber es ist nicht normal, dass es denkt,

dass auch Kuba dazugehört.

Es ist normal mit Kuba Handel zu treiben, aber es ist nicht normal, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. Es ist normal, dass Washington den Terrorismus verurteilt, aber es ist nicht normal, dass es in Miami Dutzenden von Terroristen Schutz gewährt, darunter Luis Posada Carriles, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Zivilisten in Kuba begangen haben.

Die US-amerikanische Blockade gegen Kuba ist ein Anachronismus. Die Ankündigung von Präsident Obama vom 17. Dezember hat unter US-Unternehmern einen großen Enthusiasmus in Bezug auf Kuba ausgelöst. Schließlich werden sie es sein, die auf den Kongress Druck ausüben, damit endlich mit dem Helms-Burton-Gesetz Schluss gemacht wird. Der 17. Dezember war für die Blockade der Prolog eines angekündigten Todes.

Aber damit es wirklich normale Beziehungen mit Kuba geben kann, muss Washington anerkennen, dass Kuba nicht ihm gehört, sondern ein souveränes Land ist, und dass es nicht normal ist, es als solches zu vernichten: sei es mit Blockade oder ohne Blockade, aber mit einem ferngesteuerten, auf den privaten Sektor gerichteten Handel.

Aber genauso wie Kuba es verstanden hat Schützengräben zu errichten, um sich mehr als fünf Jahrzehnte lang gegen die US-amerikanische Aggression zu verteidigen, so wird es nun lernen, einige kreolische Brücken zu bauen, um zu kontrollieren, wie und wann die Vereinigten Staaten mit der Insel werden Handel treiben können.

Solange die US-Regierung sich nicht ändert und ihren Gelüsten auf eine Beherrschung Kubas nicht entsagt, werden die Beziehungen Washingtons zu Kuba nicht normal sein können.

Cubadebate, 8. Juli 2015

**Erstellung, Druck und Vertrieb erfolgen ausschließlich durch Spenden –
Bitte unterstützt das weitere Erscheinen – Verwendungszweck „Cuba kompakt“
FG BRD-Kuba e.V., Bank für Sozialwirtschaft Köln, Konto: 123 69 00, BLZ: 370 205 00,
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00, BIC: BFSWDE33XXX**

POLITIK**Wohin geht Kuba?**

von Pedro Miguel

(Übersetzung: Klaus E. Lehmann)

Nach dem Beginn der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba haben viele Leute die Vorstellung, dass die unmittelbare Zukunft der Insel in einer massenhaften Privatisierung von Fabriken, Dienstleistungen, Schulen und Krankenhäusern, sowie Stadtbildern voll von McDonalds, Mafiosi, Leuchtreklamen, Luxuslimousinen und Bettlern bestehen werde. Sie denken, dass die Wiedereröffnung der US-Botschaft in Havanna das Vorspiel zur Errichtung einer Tyrannei des Marktes sei und dass sich die Insel daran mache zu wiederholen, was in Russland, China, Vietnam oder Polen geschehen ist: die Aufgabe des Vorhabens der Errichtung einer Wirtschaft und von Institutionen im Dienst der Gesellschaft und nicht im Dienst der Kapitalinteressen.

Eine solche Perspektive beruht jedoch auf einer falschen Überlegung: dass nämlich die Vereinbarung einer Entspannung zwischen beiden Ländern schlichtweg eine Hinwendung Kubas zu einer vom Markt regierten Wirtschaft, zu einer repräsentativen Demokratie nach westlichem Vorbild und einer Befolgung der neoliberalen Formeln des so genannten Washingtoner Konsenses beinhalte. Aber nein: weder vermochte das Weiße Haus solche Bedingungen für die Wiederherstellung der Beziehungen durchzusetzen noch beabsichtigte die kubanische Regierung im Gegenzug für die Wiedereröffnung der Botschaften zu fordern,

dass die Obama-Administration die Privatbanken enteignen müsse. Der Normalisierungsprozess ist nichts weiter als dies: eine komplizierte und umfangreiche Verhandlung zur Überwindung der über fünf Jahrzehnte andauernden Feindschaft zwischen beiden Ländern.

Mit Sicherheit haben die historische Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegenüber dem kubanischen Regime und ihre praktischen Ausdrucksformen (von Invasionsversuchen und von Washington geförderten terroristischen Attentaten bis zu einem eisernen Wirtschaftsembargo) das interne Leben auf der Insel in hohem Maße geformt und darin wird sich jegliche signifikante Veränderung der antikubanischen Politik der an der Macht befindlichen US-amerikanischen Gesellschaftsschichten widerspiegeln. Aber der Transformationsprozess, in dem sich das karibische Land befindet, hatte schon sehr viel früher begonnen, schon bevor sich Obama dazu entschloss, dem Verhalten des Weißen Hauses gegenüber Kuba eine Wende zu geben und folgt seinen eigenen Richtlinien.

Der wichtigste Punkt dieser Übergangsphase liegt darin begründet, dass sich die Planwirtschaft, zumindest unter den aktuellen weltweiten Verhältnissen, als undurchführbar erwiesen hat. Die Vorstellung einer Abschaffung des Marktes per Dekret und dass der Staat dazu in der Lage wäre, die Produktion und die Verteilung der Waren von sich aus zu steuern und Muster für deren Verbrauch zu etablieren, hat sich mit dem Zusam-

menbruch des Ostblocks vor 25 Jahren als katastrophales Trugbild herausgestellt. Kuba blieb damals nicht nur ohne politische und strategische Verbündete und seine wichtigsten Industrie- und Handelspartner, sondern auch ohne ökonomisches Modell, um sein politisches und soziales Projekt aufrecht zu erhalten. Seitdem war Havanna mit der Suche nach einer Neuformulierung beschäftigt, die es ermöglichen soll, das wichtigste Erbe der Revolution zu bewahren, das in der Souveränität, den sozialen Errungenschaften und der Konsolidierung einer kollektiven Ethik innerhalb der Bevölkerung besteht, die immer noch stark ist und sehr viel gefestigter ist als gewisse aus der Período Especial [Sonderperiode] ererbte Prozesse der sozialen Vereinzelung, als die Korruption in einigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und als der aufblühende Individualismus in gewissen Sektoren, die sich Gelegenheitsgeschäften widmen. Das Produkt von über fünf Jahrzehnten sozialistischer Erziehung wird nicht in sich zusammenfallen, weil an einem Gebäude in Havanna eine US-amerikanische Fahne gehisst wurde.

Ein Gegenbeispiel für die Dauerhaftigkeit eines solchen Erbes ist der in Mexiko von den neoliberalen Regierungen (von Salinas bis zu Peña Nieto) angerichtete tiefe Schaden, die in 30-jähriger Verkündung und Praktizierung eines extremen Pragmatismus, von Egoismus und Verachtung kollektiven Wohlergehens eine Verwahrlosung vieler sozialer

Schichten hervorgebracht haben, die – so wie die Dinge stehen – einen Glücksfall sozialer Art für das Fortbestehen von Korruption und systematischer Ausplünderung der nationalen Güter darstellen. Die Schwierigkeiten bei der hiesigen Überwindung dieser ideologischen Prägung – trotz der riesigen Beeinträchtigungen für die Gesellschaft durch die gegen sie gerichtete Regierungsführung – geben eine Vorstellung davon, wie schwerwiegend sich in Kuba eine Zerstörung der kollektiven und solidarischen Werte auswirken würde, die eine unüberwindliche Verhinderung eines jeden Versuches der Implementierung eines ungezügelter Neoliberalismus und sogar einer puren kapitalistischen Restaurierung ausmachen.

Die Normalisierung der bilateralen Verbindungen ist im Gange und es steht noch ein sehr langer Weg bevor. Es erscheint angebracht anzunehmen, dass sich dies auf eine allmähliche Erleichterung der Entbehrungen, unter denen die Insel wegen der US-amerikanischen Blockade seit Jahr und Tag leidet, auswirken wird, aber es gibt keinen Grund für die Annahme, dass es zu abrupten inneren Veränderungen kommen könnte. Die Richtung und der Rhythmus der institutionellen und ökonomischen Entwicklung des Landes liegt in den Händen der Kubaner, und dies muss selbst ein John Kerry anerkennen.

Aus der mexikanischen Tageszeitung La Jornada vom 18. August 2015

INNENPOLITIK**„Karnevalshow“**

Von Arthur Gonzalez

Die Lohnarbeiter in Washington wissen schon nicht mehr, was sie erfinden sollen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, angesichts der Angst, von der aktuellen politischen Bühne verdrängt zu werden, ohne der hohen finanziellen Rücken- deckung zu bleiben und daher eine ehrliche Arbeit suchen zu müssen um das Tägliche Brot zu verdienen. Das jüngste Schauspiel wurde am vergangenem 09.08. 2015 im Park, gegenüber der Kirche Santa Rita de Casia gelegen, inszeniert, den sie als Tribüne für ihre provokatorische Epistel genommen haben. Möglicherweise, weil Havanna sich voll inmitten der Feierlichkeiten seines traditionellen Karnevals befand entschieden sie sich, sich besagten Feierlichkeiten anzupassen und den Abschluss bildeten die sogenannten „Damen“ in Weiß, mit Masken, die den Präsidenten Barak Obama darstellten, in einer Show, der jeglicher Respekt fehlte, woran sich Bewohner der Gegend bereits gewohnt hatten. Tatsäch-

lich kann man sich von der kulturlosen und ungebildeten Berta Soler erhoffen. Sie hat nicht die geringste Vorstellung davon, was Achtung gegenüber einem hohen Amtsträger bedeutet. Selbstverständlich verfolgte diese Karnevalshow die Absicht, ein polizeiliches Einschreiten gegen die von dieser bezahlten Bande geschaffenen Situation und um so die kubanische Regierung der Unterdrückung anzuklagen und die mediale Kampagne anzuheizen..

Wenn sich die Ungebildete und Kulturlose einfallen lassen hätte, eine ähnliche Veranstaltung in Washington durchzuführen, wäre sie sicher mit blutigem Kopf infolge der von der örtlichen Polizei zugefügten Stockschläge im Krankenhaus, wie es sich in der US-amerikanischen Stadt Ferguson vollzog, im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten der Einwohner in Gedenken an die Ermordung eines schwarzen Kindes durch einen weißen Polizisten, das vier und eine halbe Stunde ohne Hilfe auf offener Strasse lag.

Die Verwendung der Masken mit dem Abbild von Obama war zweifellos motiviert durch die angenommene „Schuld und Komplizenschaft“, die dem Präsidenten der USA zugeschoben wird wegen der Anerkennung der kubanischen Regierung. An dieser respektlosen Maskerade nahm die Schauspielerin Tania Brugueras teil, die ihre Maske als hervorragende Künstlerin fallen ließ, um zu dem zu werden, was sie tatsächlich ist und was ihre Absicht im vergangenem Dezember war: die Behörden der Insel provozieren, um eine Medienkampagne, bezahlt von der antikubanischen terroristischen Mafia in Miami einzuleiten, die sich aus Leibeskäften allem widersetzen, was der Regierung Castro Legitimität geben würde. Dieser Aufzug wurde von den Bewohnern des Stadtbezirkes Miramar zurückgewiesen, die es leid waren, jeden Sonntag die Invasion von Personen zu ertragen, die nicht in der Gegend wohnen und allein bei Betrachtung ihres physischen Erscheinungsbildes kann man auf

ihre miserable und mangelhafte Erziehung schließen.

In jedem Land der Welt kann dieser Personentyp nicht Wohngebiete betreten, in denen ordentliche Bürger wohnen, in Kuba jedoch müssen die Einwohner ihre Anwesenheit ertragen, obwohl alle diese Menschen ihre Häuser in sehr abgelegenen Gebiete haben: So ist halt die Demokratie a la cubana, obwohl die kritischen Veranstaltungen von den Vereinigten Staaten bezahlt werden. Ungeachtet der Empörung, muss gesagt werden, dass die ungebildeten und kulturlosen „Damen“ und ihre Begleiter in einem Zirkus, der versucht für wenig Geld Politik zu bieten, mehr Erfolg haben würden. Berta und ihre Bande sollten sich an die Worte José Martí erinnern: „In der Politik ist die einzig bestimmende und unumstößliche Kraft die Ehrbarkeit.“ Aber das ist genau das, woran die von den Vereinigten Staaten geschaffene Konterrevolution leidet.

Quelle: Cubainformacion

Cuba kompakt erscheint monatlich jeweils am 15. des Monats – Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,

Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221-2405120, Fax: 0221-6060080,

Email: cuba-kompakt@fgbrdkuba.de, info@fgbrdkuba.de, Internet: <http://www.fgbrdkuba.de>,

Redaktion: Peter Knappe, Günter Pohl, Ralf Minkenberg